„Der Demokrat" bringt die Neuigkeiten.

Gestern wir einmal wieder ein Tag, an welchem sich der „Der Demokrat" mit den anderen hier in der Stadt verkauften sogenannten Morgenzeitungen messen konnte.

Viele Davenporter halten sich die sogenannten Chicagoer Morgenzeitungen, die um zehn Uhr Abends zur Presse gehen. Wie ganz anders sah die gestrige, um 3/4 4 Uhr Morgens zur Presse gegangene Ausgabe des „Der Demokrat" gegen die Chicagoer Morgenzeitungen aus. In der Mitte der 1. Seite brachten wir die namentlich für die Deutschen unserer Stadt so wichtige und hochinteressante Neuigkeit über das Eintreffen der „Deutschland" in New London, Conn., neben dem Anlangen der U-53 im deutschen Heimathshafen. Bis zu späterNachmittagsstunde wußten gestern nur solche Leute, die entweder den „Der Demokrat" lesen oder solche, dieFreunde haben, die unsere Zeitung halten und von denen über die neuesten Ereignisse benachrichtigt werden, daß die„Deutschland" eingetroffen ist.

In einem großen achtspaltigen Obertitel bringt z. B. eine der größten Zeitungen der Welt die etwas abgestandene Nachricht von dem Anlangen der U-53 im Heimathshafen. Ueber die „Deutschland" wird in der ganzen Ausgabe keine Silbe geschrieben. Wie wäre dieses auch möglich? Die Chicagoer „Morgenzeitungen" gehen um zehn Uhr Abends zur Presse und bringen die Nachrichten bis zu dieser Abendstunde. Die „Deutschland" traf erst nach Mitternacht, also gestern Morgen, in New London, Conn., ein und erst um zwanzig Minuten vor zwei Uhr Morgens erreichte die Nachricht über das Eintreffen des großen Unterseehandelsschiffes den Mittelwesten durch das Chicagoer Büro der Associirten Presse.

„Der Demokrat" ist ein Mitglied der größten Nachrichtenvereinigung der neuen Welt, der „Associirten Presse", und konnte deshalb die Nachricht über das Eintreffen der „Deutschland" seinen Lesern brühwarm melden.

Nur allzuhäufig kommt es vor, daß Leute durch den „Der Demokrat" Nachrichten erhalten, die erst gegen drei Uhr Morgens passiren. Man denke z. B. an die Explosion auf Black Tom-Island, N. J., die um 3/4 3 Uhr Morgens passirte, und bei der Werthe im Betrage von vielen Millionen von Dollars zerstört wurden. „Der Demokrat" brachte eine volle Beschreibung des schrecklichen Unfalles am selben Morgen. Wenn Sie die neuesten Nachrichten bis um halb 4 Uhr Morgens lesen wollen, so halten Sie sich den „Der Demokrat" und informiren Sie Ihre deutschlesenden Freunde von dem Werth dieser Zeitung. Für diejenigen, welche der deutschen Sprache nicht mächtig sind, werden die neuesten Nachrichten von großer Wichtigkeit an das Fenster der Redaktion des „Der Demokrat" geklebt. Zu Dutzenden standen die Leute gestern Morgen vor unserem Fenster und lasen die Originaltelegramme über das Eintreffen der „Deutschland" und der U-53 und besahen sich das große, in einer früheren Ausgabe des „Der Demokrat" erschienene Bild von dem Unterseehandelsschiff „Deutschland", Kapitän König und der Mannschaft der „Deutschland". „Der Demokrat" ist die einzige Morgenzeitung in den Drei-Städten und Umgegend, welche die korrekten Nachrichten bis um halb 4 Uhr Morgens bringt. Machen Sie Ihre Freunde auf diese Thatsache aufmerksam.

Briefkasten.

A. B. Dorman, Junction, Ja. Die Registrirung ist nur in größeren Städten nothwendig. In den kleineren Ortschaften und auf dem Land findet keine Registrirung statt.

H. L., Venice, Ill. Im Staate Iowa kann man nur auf das „zweite Papier" hin stimmen. Sie können das zweite Papier erst erlangen, wenn Sie 5 Jahre im Lande gewesen sind.

C. D. — Zunächst entfernen Sie bestreichen Sie die Stellen, wo er wuchert, mit einer Mischung von 1/4 Unze Salicylsäure und 4 Unzen Alkohol. Oft genügt schon einmaliger Anstrich.

Aus der Stadthalle.

Einschließlich der gestern Nachmittag abgehaltenen Versammlung des Generalkomites des Stadtrathes waren die Stadtrathsmitglieder unter dem Vorsitz von Bürgermeister John Berwald während des ganzen gestrigen Tages ungefähr acht Stunden in Sitzung.

Dem Stadtrath wurde eine Resolution von Herrn N. D. Ely von der Anwaltsfirma Ely & Bush zugestellt, welche den Zweck der kürzlich abgehaltenen „Safety First"-Versammlung erklärte und die Ernennung einer aus fünf Mitgliedern bestehenden Verkehrskommission befürwortet. Bürgermeister John Berwald ernannte die nachstehenden bekannten Davenporter an die Kommission: Peter N. Jacobsen, William Richter, E. P. Adler, Alfred C. Mueller, Theodore Sindt, das Stadtrathsmitglied Charles L. Lindholm als Vorstand des Ordinanzkomites und Polizeichef Charles Boettcher als Mitglied ex officio. Die Kommissäre haben einen einjährigen Amtstermin.

G. H. Gruhl überreichte dem Stadtrath eine Petition, in der er um Erlaubniß ersucht, die Dach- und Regenröhre an seinem an der Ecke der 3. und Ripley Straße gelegenen Hause zu verlängern. Die Angelegenheit wurde der Behörde für öffentliche Arbeiten überwiesen.

Mehrere Bewohner der Nachbarschaft der 18. und Locust Straße beklagen sich über den defekten Zustand des in der dortigen Gegend laufenden Sewers, der als gesundheitsschädlich bezeichnet wird und der unverzüglich ausgebessert werden sollte.

B. L. Frahm von der Frahm Coal & Concrete Company überreichte dem Stadtrath eine Petition, in welcher er um das Anlegen eines Ueberganges über die Straßenkreuzung an der 8. Straße und Grand Ave. ersucht. Er erklärt, daß er früher einmal auf seine eigenen Kosten einen derartigen Uebergang geschaffen hat, und daß dieser Uebergang, der aus Holzplanken bestand, von bei der Stadt angestellten Arbeitern aufgerissen worden war, als Arbeiten vorgenommen wurden.

Mehrere Bürger der Nachbarschaft von der Christie und Eddy Straße ersuchen den Stadtrath um das Installiren einer Straßenlaterne an der genannten Straßenecke.

Auf Veranlassung von Alderman Lindholm wurde die $25,000.00 Bürgschaft der Tri-City Automatic Telephone Company freigegeben. Wie John Hynes, welcher die genannte Firma vor dem Stadtrath vertrat, beweisen konnte, hatte die Gesellschaft Telephone seit dem 13. November 1915 nach Wortlaut des Kontraktes installirt und demnach den Kontrakt erfüllt. Alderman at large William Gosch stimmte gegen die Auslieferung dieser Bürgschaft.

Anwalt Metcalf erschien gestern Nachmittag vor dem Stadtrath und ersuchte um eine Umänderung der bestehenden Ordinanz über das Vertheilen von Flugschriften dahin, daß Flugschriften vertheilt werden können, solange sie nicht auf die Straßen geworfen werden. Diese Angelegenheit wurde dem Ordinanzkomite überwiesen. Herr Metcalf vertrat die sozialistische Partei.

Eine Petition des Davenport Auto Club, die verlangt, daß die Main Straße von der 5. Straße bis zum Vanderveer Park als Boulevard betrachtet werden und für schweren Wagenverkehr geschlossen werden soll, wurde dem Pflasterungskomite, dem Verkehrskomite und der Behörde für öffentliche Arbeiten überwiesen, die ihren Bericht wieder an den Stadtrath über den Befund der Untersuchung zurückerstatten sollen.

Ueber die Angelegenheit der Regulirung der Bürgschaften der einzelnen städtischen Beamten herrscht einige Meinungsverschiedenheit, die bei einer später abzuhaltenden Versammlung des Stadtrathes geregelt werden soll. So stehen z. B. der Polizeichef, der Stadtanwalt, der Feuerwardein, der Nahrungsmittelinspektor, der städtische Arzt, der Rauchinspektor und der offizielle städtische Berichterstatter unter keinerlei Bürgschaften, während Männern, wie die Polizeikommissäre, die keinerlei Verantwortung haben, eine Bürgschaft von je $5,000.00 aufgehalst wurde.

Eine Ordinanz wurde geschaffen, welche eine Gradirung der North Straße von der östlichen Linie der Spring Straße bis zur westlichen Linie der Kuehl Straße vorschreibt.

Eine weitere Ordinanz verlangt die Gradirung der Lombard Straße von der Gaines Straße bis zur Scott Straße.

An den verschiedenen Stellen der Stadt sollen Warnungstafeln errichtet werden, um Automobil- und Wagenunfälle zu vermeiden. Die neugeschaffene Verkehrskommission wird sich mit der Untersuchung dieser Angelegenheit befassen.

Eine Ordinanz wurde geschaffen und kam zum ersten Verlesen auf, die verbietet, daß in Zukunft Gitter in der Stadt Davenport höher als fünf Fuß errichtet werden können. Diese Ordinanz schließt Fabriken und Holzlager aus.

Eine weitere Ordinanz wurde aufgestellt, welche sämmtliche hölzernen Reklameschilder, sogenannte „Billboards" verbietet. Dieselben sollen in Zukunft aus Metall oder Stein hergestellt werden.

Dann kam eine Angelegenheit zur Sprache, welche gestern mindestens drei Stunden der Zeit der Stadtrathsmitglieder und des Bürgermeisters in Anspruch genommen hatte, nämlich die von sechsundsechzig Personen unterzeichnete Petition gegen die U. N. Roberts Company.

Die sechsundsechzig Bürger, die alle in der sechsten Ward, die von Alderman Charles L. Lindholm im Stadtrath vertreten wird, wohnen, hatten wahrlich in Herrn Lindholm einen starken und mächtigen Vertreter ihrer Sache gefunden, die in Augen von Sachverständigen als „unmöglich" bezeichnet wird.

Die Bürger wollen, daß die U. N. Roberts Company die riesigen Holzstapel, die auf dem Holzlager der genannten Firma liegen, in feuersicheren Gebäuden unterbringe. Sämmtliche Personen, welche ihre Namen unter die Petition gesetzt haben, wohnen in unmittelbarer Nähe der genannten großen Davenporter Holzfirma.

Herr Walter Balluff von der Anwaltsfirma Cook & Balluff, der bei der gestrigen Stadtrathssitzung die Interessen der Holzkaufleute, wahrnahm, machte die Stadtrathsmitglieder auf die Unwissenheit derjenigen aufmerksam, welche die Petition unterzeichnet haben. Ein auf einem freien Platze brennendes Holzfeuer ist ungefähr einhundert Prozent leichter zu bekämpfen, wie ein Holzfeuer in einem feuersicheren Gebäude. Diese Aussage ist von Fachleuten, unter diesen Feuerwehrchef Peter Denger, bestätigt worden. In diesen und anderen wichtigen Punkten wurde die U. N. Roberts Company und andere Holz-Engroshändler von den Leuten angegriffen.

Gestern Abend wurde dem Stadtrath eine Ordinanz vorgelegt, welche gestattet, daß Holzfirmen auf Plätzen Holz aufstapeln, wenn zwei Drittel der Bürger, welche an dieser Straße Grundbesitz haben, sich einverstanden erklären. Gegen diese Ordinanz stimmten die Stadtrathsmitglieder William Moeller, der demokratische Vertreter der zweiten Ward im Stadtrath, der republikanische Vertreter der fünften Ward, Dr. B. M. Raben, und Alderman Charles L. Lindholm. Die drei Stimmen waren so mächtig, daß die Proposition „verloren" ging.

Als Alderman Lindholm später von einem Vertreter über diese Angelegenheit befragt wurde, gab er nachstehende Erklärung:

„Die Ordinanz soll der U. N. Roberts Company gestatten, so viel Holz in dem Block aufzustapeln, als die Besitzer des Blocks gestatten. Die U. N. Roberts Company ist nun die Besitzerin dieses Blocks und kann demnach so viel Holz aufstapeln, wie sie will. Sechsundsechzig Bürger, welche in den die Holzhöfe angrenzenden Häusern wohnen, wollen, daß die Firma feuersichere Schuppen baut und ihr Holz darin aufstapelt."

Diese Erklärung des republikanischen Vertreters im Stadtrathe mag sehr schön sein, wurde jedoch von einem demokratischen Opponenten als Parteipolitik von Seiten des Herrn Lindholm bezeichnet. Der demokratische Vertreter im Stadtrath, welcher den Vertreter des „Der Demokrat" ersuchte, seinen Namen aus der Zeitung zu halten, sagte ungefähr das Nachstehende:

„Herr Lindholm fürchtet, daß er bei der nächsten Wahl die Stimmen dieser sechsundsechzig Personen, welche die Petition gegen die U. N. Roberts Company unterzeichneten, wie auch die der Freunde dieser Männer verliert. Deshalb tritt er gegen die Ordinanz ein. Die ganze Geschichte ist ein „Hold-up". Es ist wahr, daß die U. N. Roberts Company Holz auf dem Block aufstapeln kann ohne jemanden zu fragen, weil ihr der Block gehört. Aber hier ist der Haken. Es besteht eine andere Ordinanz, welche verbietet, daß Holz höher als zwölf Fuß gestapelt werden darf. Demnach kann die U. N. Roberts Company nicht so viel Holz aufstapeln, wie es ihr gefällt."

Herr Edward C. Roberts, der Präsident der Gesellschaft, hielt gestern vor dem Stadtrath einen Vortrag, in dem er unter anderem darauf hinwies, daß die Gesellschaft die zweitniedrigste Versicherungsrate in der Stadt Davenport hat. Die niedrigste Rate wird von der großen Firma French & Hecht behauptet. Ferner wies er darauf hin, daß die Firma monatlich fast $300,000.00 (dreihunderttausend Dollars) unter ihre ungefähr vierhundert Angestellte vertheilt. Auch machte Herr Roberts die Stadtrathsmitglieder auf das fünfzigjährige Bestehen des großen Hauses in Davenport aufmerksam. Viele Leute haben durch die „Roberts Boys", wie er sich ausdrückte, enorm profitirt und die Firma sei jetzt die durch die Stadt hervorgerufenen Scherereien satt und will nach Chi-

(Fortsetzung auf der 4. Seite.)

Politische Anzeige. Politische Anzeige. Politische Anzeige. Politische Anzeige.

FORMER CONGRESSMAN AND EX-MAYOR OF DAVENPORT GIVES SIGNED STATEMENT

Declares for Wilson, Meredith, Cronin and the Entire Democratic Ticket.

HE IS FOR AMERICA FIRST

Says Hughes' Foreign Policy Would Be Dictated by Roosevelt, Root and Lodge.

Hon. Henry Vollmer, former congressman, ex-mayor of Davenport, for many years president of the German-American alliance, who has been one of the leaders of German-American thought in this country, believes that the interests of German-Americans and all the people of the country, will be best served by the re-election of President Wilson.

Because he admires honesty rather than hypocrisy, he declares just as strongly for the election of Edward T. Meredith for governor of Iowa.

Knowing the character and ability of M. F. Cronin, his private secretary when he was congressman, he will vote for and advocate the election of Mr. Cronin as congressman from this district.

When asked by a Democrat representative for a statement as to his political position this fall, Mr. Vollmer issued the following statement:

"I am a Democrat. I have been a Democrat all my life. At the mature age of 9 I was licked for being a Democrat by the boys of my school. For practically 30 years I have fought the battles of the Democratic party on the stump in nearly every campaign. On the other hand, the party has honored me with its nomination and election to official position on many occasions. There is, and there should be such a thing as a feeling of loyalty to the organization, its members and its present candidates for office, many of whom have worked hard for me in times past.

"Under these circumstances, it seems to me that before a demand can be legitimately made that I forsake my party allegiance at this time a very clear and definite, as well as serious reason, be presented. Such a reason was presented, in my judgment, in 1896, on the money question and I heeded it. It is assumed in some quarters that such a reason now exists by reason of the foreign policy of the present administration, my well known position with reference thereto, and the fight which I made on the floor of congress for an embargo act and for genuine neutrality, as well as in trying to spread the truth about the war before the American people.

"I reiterate my position on these questions most emphatically and my profound dissatisfaction with many things which have been done and many things which have been left undone by the present administration, but I do not want passion about these things to impel me to leap from the frying pan into the fire.

"From the time when his name was first used in connection with the candidacy for the presidency, I have asked my friends of the National German alliance, the American Independence union, and the Embargo conference what positive assurance they had, if any, that Mr. Hughes would be more truly neutral, as we understand the term, than Mr. Wilson has been. I know of all their attempts to secure such declarations and I have waited until these, the closing hours of the campaign, for them to get something more satisfying on the subject; but up to date they have nothing, said either in public or in private, that is more than a generality, except yesterday in his speech at Columbus, Ohio, when he came out flatly against the embargo and against warning Americans to keep off of armed belligerent ships.

"My suspicions were first raised in regard to Mr. Hughes when I perceived the successful efforts of George W. Perkins, late financial partner and political representative of J. P. Morgan, agent for munitions and war loans in the United States for his Britanic majesty, to deliver the Progressive party, bag and baggage, to Mr. Hughes.

"What is meant by the general pronouncements of Mr. Hughes for a stronger foreign policy than that of Mr. Wilson is made clear and specific by the emphatic declarations of Theodore Roosevelt, (who insults with equal insolence his German-American fellow citizens and the president of the United States); Elihu Root, (longtime attorney for the British embassy and the "Interests" of Wall street), and Henry Cabot Lodge, (the incarnation of our New England cod fish aristocracy), men who certainly stand closer to candidate Hughes than any of the gentlemen of the aforesaid alliance, union or conference. One of these three will in all probability be Mr. Hughes' secretary of state. To aid these men to get into power and to put their emphatically stated doctrines into force would, on the part of these German organizations, appear to me to be veritably "biting off the nose to spite the face."

I believe that the supreme interest of America is to keep out of this frightful war, which threatens to engulf the civilization of the world. Whether or not you believe that Mr. Wilson at all times sincerely desired to keep us out of the war, the fact remains that during his administration WE HAVE KEPT OUT OF IT; and, while millions of men are being slaughtered and crippled, and millions of widows and orphans are being made, and the accumulations of centuries are being burned up to satisfy the organized blood and destruction lust of the belligerent nations in Europe, peace and plenty prevail in America.

I have always been an ardent advocate of the peaceful settlement of international differences and I notice that most of the men and women prominent in that work favor Mr. Wilson's re-election, while every gory-eyed, swashbuckling jingo, is for Mr. Hughes. The best that can be claimed for him is that he will carry on the same foreign policies, as far as the European war is concerned, as Mr. Wilson, but that he will force them a little harder against the Central Powers, with ACTS instead of WORDS.

I cannot see how that prospect is so alluring as to tempt the suffrages of German-Americans, who for the past two years have carried about with them a burden of sorrow and anxiety at the thought of the gigantic international conspiracy against Germany and Austria and the injustice done them over here in their heroic contest for the defense of their Fatherland, which injustice is based upon ignorance, race prejudice, and the tremendous propaganda carried on by the British government in this country, aided by the American manition makers and war bankers.

Some of my friends argue that this is an election in which the German vote, so called, should be cast solid, that we should show our power in this country, and that it will redound to our moral and material advantage. I hesitated about making a public declaration until this late moment because I feared that I would have to bear the odium of the charge that I had "thrown a monkey wrench into the machinery" and had spoiled the realization of this splendid vision.

Its realization is an impossibility at any time, in my judgment, because the German-Americans are so independent in their mental makeup that they cannot be delivered as a body by any organization or set of organizations under any conceivable set of circumstances. I have satisfied myself extensively by personal inquiries that there is nothing like unanimity among them now. In my judgment, that vote is going to split in three parts and a very large portion of it is going to the Socialistic ticket in order to voice a protest against both of the old parties.

Another idea that has been advanced to me, and which for a time impressed me, is that the president had insulted us by his reference to disloyal citizens. I am satisfied that he did not use that expression with reference to the entire body of German-American voters, but simply with reference to such of them as had been convicted of violations of our neutrality laws and of others who had been guilty of conspiring to that effect. This number is, in my most positive belief exceedingly small, far smaller than it would have been in the case of almost any other race under such circumstances.

But if the president has used language at timeh which he should not have used in our judgment, let us ask ourselves, have all of us at all times kept temperate tongues in our heads and controlled our pens? I distinctly recall some of the telegrams and letters that came to the president at the time of our controversy with him—and some of them I regret to say came from Iowa—in which anything but respectful language was used towards the chief executive of this republic. I remember the brutal charge, in a public telegram by a prominent Iowa German to the president, without any evidence whatsoever, that he had "sold the country for British gold." So if we get to talking about the words used in the heat of controversy, let us be just and let us pluck the beam out of our own eye first.

Before Mr. Wilson's election, our Republican friends claimed that the Democratic party consisted of discordant elements without cohesive principles, held together simply by the appetite for official patronage and public plunder, and that they were incapable of formulating or of carrying through successfully a program of constructive legislation. I have had a humble part as a member of the 63rd congress in giving the lie to this charge. There has been adopted, during Mr. Wilson's administration, more constructive legislation of a progressive character in the interests of the masses, as against the special interests fostered by many years of Republican rule, than has ever been adopted during any single administration of this government from its foundation to date.

These include the income tax, the most just form of taxation, which places the burdens of government upon the people, in proportion to their ability to bear them as contradistinguished from the Republican way of raising revenue by high tariffs, which compels the people to contribute to the expense of the government in proportion to their individual necessities; the election of United States senators by the people instead of by corrupted legislators, the reform of the banking and currency, which has decentralized the money power and drawn the fangs of Wall street and relieved the people of the South and the border states from the exactions of Banker Shylocks charging, as I have seen in individual cases myself, from 15 to 25 per cent per annum. This most salutary of all our legislative reforms will make impossible the recurrence of such financial panics as that of 1907, which was deliberately thrust upon the country by bankers in New York in order to enable the United States Steel Corporation to acquire the property of its only independent competitor, the Tennessee Coal & Iron company. The Wall street plunderbund, the identical men who engineered that panic for their own selfish purposes, are determined to get rid of John Skelton Williams and to get control of the federal reserve system through the election of a Republican administration.

The rural credits law, another German idea, which enabled the co-operative farmers of Germany to get their money at three and a fraction per cent; the laws to curb the trusts and to prevent unfair trade practices; the anti-child labor act, the anti-dumping act, the tariff commission, and shipping bill, and many others which I might mention, all stand to the credit of this administration.

Many of these measures along the lines of scientific conservation are still to be worked out. And now, with this wonderful progress made and further progress assured, are we to turn the hands on the dial backwards and put the discredited "old guard" back in absolute control, with their high protective policy and their various schemes of public exploitation? My friends have their just right to their pro-German sympathies, knowing what they and I know about the truth in regard to the war. But after all, we are American citizens. Our first duty is to this country! And our political allegiance should be decided by the issues of most concern to this country! And hence, while it gives me great sorrow to be compelled to part company with the gentlemen to whom I have referred and with whom I have been co-operating so long, I feel that it is my duty as an American citizen and a Democrat to cast my vote for the Democratic national ticket at the coming election.

We have a similar situation in this state in the two candidates for governor. I have been opposed to prohibition on principle for many years, but as between an honest prohibitionist like Mr. Meredith and a petty, trafficking politician like Mr. Harding, who is wet in one county and dry in the next, I can have no hesitation in voting for the man who will give the state the best administration as governor and that, in my honest judgment, is Mr. Meredith.

As to the candidate for congress in this district on the Democratic ticket, Mr. Cronin, I ought to know both his character and his abilities, because he served as my private secretary in congress. If the people of this district elect him, they will not need to feel ashamed of their representative in Washington either on the score of character, or ability, or the use of the American language as it should be spoken and written. He thoroughly knows the ropes at Washington and will be able to give his constituents the most efficient service.

Likewise, I have never known the Democrats of this county to nominate a better, cleaner, more efficient ticket than they present to the electors at this election.

Under the circumstances, I can see no good reason why I should leave my party, but, on the contrary, I propose to stay in it and to vote the ticket.

Respectfully,
(Signed) HENRY VOLLMER.

"Wilson for President"
"Meredith for Governor"
"Cronin for Congressman"

HON. HENRY VOLLMER.

Der Vorstand des deutsch-amerikanischen Zentralvereins von Scott County hielt gestern eine Spezialversammlung ab, bei der ein Beschluß gefaßt wurde, den wir nachstehend im Auszuge bringen. In der morgigen Ausgabe dieser Zeitung wird der genaue Inhalt des Beschlusses erscheinen.

„Wir, der Vorstand des deutsch-amerik. Zentralvereins von Scott County, haben beschlossen, daß die Vereinigung in Bezug auf die gestern publizirte Stellungnahme des Achtbaren Henry Vollmer für Wilson und Meredith auf seinen am Sonnabend zu haltenden Vortrag verzichtet. Herr Vollmer ist dementsprechend von diesem Beschluß benachrichtigt worden.

„Der in Frage stehende Artikel ist die persönliche Ansicht des Achtbaren Henry Vollmer und ändert nicht das Geringste an der Stellungnahme des deutsch-amerikanischen Zentralvereins, in welcher die Vereinigung Charles E. Hughes, Charles W. Fairbanks; William L. Harding für Gouverneur u. E. N. Moore für Vizegouverneur des Staates Iowa indossirt."

Die Festlichkeit des Deutsch-Amerikanischen Centralvereins von Davenport.

Eine große geistig-gemüthliche Unterhaltung mit Konzert und Ball veranstaltet der D. A. Centralverein am Samstag, den 4. November, in der Nordwest Davenport Turnhalle. Mehrere Gesangvereine der Stadt werden unter Dirigent Alb. Petersen's Leitung drei Lieder im Massenchor zum Vortrag bringen, und zwar: „Bundeslied", v. Mozart. — „An mein Vaterland", v. Kreutzer. — „Bankett-Lied", v. Stunz.

Auch die Damenklasse der Davenport Turngemeinde, unter ihrem Lehrer Herrn Ad. Schmidt, die Aktiven des Nordwest Davenport Turnvereins, unter Leitung von Dave Henschen, werden mit je einer Nummer auf dem Programm vertreten sein. Außerdem wird ein humorvoller Schwank, betitelt: „Zum Termin" v. Johann Meyer, zur Aufführung gelangen, in welchem die Damen Dora Dengler, Alma Walcher, die Herren Kassenberger, Yarrow und Kröger mitwirken werden.

Alb. Petersen's Orchester liefert die Konzert- und Ballmusik, kurz, das Komite hat weder Kosten noch Mühe gescheut, um den Besuchern genußreiche Stunden zu verschaffen. Möchten alle unsere Mitbürger und alle Freunde und Gönner des Verbandes dem Komite beim Vorverkauf der Eintrittskarten sich entgegenkommend zeigen, und es nicht versäumen, am 4. November anwesend zu sein.

Das vollständige Programm lautet wie folgt:

1. u. 2. — Alb. Petersen's Orchester.
3. Bundeslied, von Mozart — Massenchor, Dir. Alb. Petersen.
4. Komische Vorführungen — N. W. Dav. Turner; D. Henschen, Turnlehrer.
5. An mein Vaterland, v. Kreutzer — Massenchor, Alb. Petersen, Dir.
6. „Zum Termin", Schwank in 1 Akt von Johann Meyer.

Personen:
Gerichtsdiener Schramm — Karl Yarrow.
Mahnke, Schustermeister — Johannes Kröger.
Hecht, sein Geselle — W. Kassenberger.
Frau Schmidt, Rentiere — Dora Dengler.
Wilhelmine, ihr Dienstmädchen — Alma Walcher.

7. Geräthe-Turnen — Damenklasse der Dav. Turngemeinde, Turnlehrer Ad. Schmidt.
8. Bankettlied, Stuntz — Massenchor, Alb. Petersen, Dir.

Dann Ball.

— Merchants Transfer & Storage Co. Telephon 855. (Anz.)

Politische Anzeigen.

Wir möchten unsere Leser darauf aufmerksam machen, daß die Angaben, die in den politischen Anzeigen von oder über Kandidaten gemacht werden, mit der editoriellen Haltung des „Der Demokrat" nichts zu thun haben. Dieser Anzeigeraum ist von Kandidaten gekauft und sie können darin ihre Angaben machen, wie sie wollen, solange sie nicht mit bestehenden Gesetzen in Konflikt kommen. Wenn wir z. B. eine Anzeige vom demokratischen Staats-Zentralkomite bringen und darin neben den empfehlenswerthen demokratischen Kandidaten für Staatsämter auch das nationale Ticket gepriesen wird, so müssen unsere Leser ja nicht der Ansicht sein, daß „Der Demokrat" dasselbe unterstütze. Im Gegentheil — die Unterstützung von Kandidaten ist ersichtlich aus den editoriellen und Lokalartikeln, bei denen die Bezeichnung „Politische Anzeigen" fehlt.